Preis 2 €

Hamburger Nachrichten

2012 Nr. 3

Gegr. 1792. Vereinigt 1814 mit dem 1673 gegründeten „Relations-Courier“, der ältesten Zeitung Hamburgs, 1934 vereinigt mit dem 1731 gegründeten „Hamburgischen Correspondenten“.

221. (339.) Jahrgang

Verboten 1939. — Vormals: Hermann's Erben, Dr. Hermann Hartmeyer. — Neuherausgabe von Dipl.-Ing. G. Helzel.

In dieser Nummer:

Busbe-schleunigung falsch S.2	Buschkowsky: Integration gescheitert S. 5	Neues über Berlin S.5	Die Sonnen-insel Usedom: S. 9	Wiesbaden u. Kopenhagen: Stadtbahn 11/12

Hamburger Komponisten:
DVD Brahms 2. Kl.konz./ Rüter, 3.Sy. je 15,90
Walter Niemann: 4 CDs u. ca. 30 weitere CDs!
Bei allen Musikaliengeschäften u. beim Herausgeber
Weltnetz: www.romana-hamburg.de/cds.htm

Glaube an Europa sinkt

Nach einer umfangreichen Studie zum Thema „Der Wert Europas“, die das Meinungsinstitut TNS Emnid Anfang Juli 2012 durchgeführt hat, gibt es in Deutschland einen historischen Meinungsumschwung: Zum ersten Mal ist in Deutschland eine Mehrheit überzeugt, daß es ihr ohne den Euro besser gehen würde. Auch die Europäische Union wurde noch nie so schlecht bewertet.

Die Umfrage, welche von der Bertelsmann-Stiftung vorgestellt wird, wurde in drei Ländern durchgeführt: Deutschland, Frankreich und Polen, dem Kern der neuen und alten EU.

49 Prozent der Deutschen antworten auf die Frage, wie es ihnen ohne EU-Mitgliedschaft ginge, „viel besser“ oder „etwas besser“. In Frankreich hingegen sieht eine Mehrheit von 53 Prozent in der Mitgliedschaft mehr Vorteile als Nachteile; in Polen denken sogar 59 Prozent, daß es ihnen ohne die EU heute schlechter ginge.

Dieses Ergebnis ist von Bedeutung, denn es ist eindeutig eine Folge aus der Unzufriedenheit und dem Mißtrauen, welche die Handhabung der Euro-Krise durch die Euro-Regierungen und die Bundesregierung ausgelöst hat.

Erst war es Unmut über die katastrophale Ausstattung der gemeinsamen Währung, jetzt kommen endgültig die Zweifel am Gesamtprojekt. „So schlecht haben die Menschen die EU und den Euro insbesondere in Deutschland noch nie beurteilt“, meint Aart De Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann-Stiftung.

Zwar schätzen die Deutschen weiterhin die Vorbildfunktion der EU in der Welt und sind sich bewußt, daß Deutschland, auf sich allein gestellt, in der globalisierten Welt im Konkurrenzkampf mit China, Indien und den USA nicht mithalten könnte.

Auch die offenen Grenzen und die damit verbundene Reisefreiheit werden als Errungenschaft empfunden. Die offenen Grenzen des Arbeitsmarkts aber sieht eine Mehrheit als Nachteil. Und 48 Prozent sehen die EU-Mitgliedschaft sogar als eine Gefahr für den sozialen Frieden in Deutschland.

Diese Entwicklung führt zu einem allgemeinen Gefühl des Kontrollverlusts. Immer mehr Bürger beklagen den Mangel an demokratischer Legitimierung, weil sie mit den Beschlüssen der Politik nicht einverstanden sind. Dazu Aart De Geus: „Die europäische Integration hat den Bürger zumeist als Konsumenten betrachtet, nicht als Souverän. Psychologisch und politisch wird es ausschlaggebend sein, sie dagegen in die Rolle des Entscheiders zu bringen.“

Für die großenteils proeuropäischen deutschen Politiker ist es bitter, daß ihre Erklärungen, warum die Bundesrepublik den Euro brauche, nichts genützt haben. Die Bürger fühlen sich bei den Entscheidungen übergangen und nur als Vollstrecker.

Was im Bundestag seit Beginn der Griechenland-Katastrophe im Frühjahr 2010 geschieht, scheint außerhalb ihrer Kontrolle zu liegen. Zugleich steht die gemeinsame Währung für die Bürger nicht mehr für jene Vorteile, die die heimische Exportwirtschaft aus ihr zieht, sondern für milliardenschwere Rettungspakete an Griechenland, Irland, Portugal und nun auch an Spanien. Und mit jedem Mal werden die Summen größer.

Das beeinflußt die öffentliche Meinung: Laut Bertelsmann-Studie meinen nur noch 21 Prozent der Deutschen, daß es ihnen heute schlechter ginge, wenn sie noch mit der D-Mark zahlen müßten. Hingegen meint eine überwältigend klare Mehrheit von 65 Prozent, daß es Deutschland mehr als zehn Jahre nach Einführung des Euro-Bargelds schlechter gehe. Jeder fünfte Befragte sagt sogar, daß es ihm mit der D-Mark heute „viel besser“ gehen würde.

Dabei ist schon die Preiserhöhung bei Speisekarten und bei Automobilen eigentlich gar nicht nötig gewesen. Man erinnere sich: Die Gasthäuser haben einfach die D-Mark-Preise für Speisen und Getränke in Euro übernommen, wodurch sie praktisch verdoppelt wurden. Dasselbe war bei Automobilen der Fall. Ist das nicht Wucher? Nur Elektronik-Güter wurden billiger.

Diese Stimmungslage steht im klaren Gegensatz zur Meinung in den beiden westlichen und östlichen Nachbarstaaten. Die Franzosen, die sich gern als Vormacht in der EU begreifen und Brüssel nur ungern zu viel Kontrolle zugestehen, verbinden mit dem Euro nach wie vor Vorteile. Gäbe es die Währung nicht, ginge es Frankreich „etwas schlechter“ oder sogar „viel schlechter“, meinen 55 Prozent der Befragten.

Wo die Deutschen Mißbrauch der Solidarität sehen, ist sie für die hoch verschuldeten Franzosen, deren Wirtschaft stagniert, erwartungsgemäß ein hohes Gut.

Daß die Polen sich gern an Europa gewöhnen, ist klar. Es wurde für sie viel Geld gegeben, die ehemaligen deutschen Ostgebiete nicht mitgerechnet.

Reiche werden immer reicher

In Deutschland klafft die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander. Gleichzeitig wird das Vermögen des Staates immer kleiner.

Darauf weist das Bundesarbeitsministerium in seinem vierten Armuts- und Reichtumsbericht hin.

Demnach hat sich das private Nettovermögen von Anfang 1992 bis Anfang 2012 von knapp 4,6 Billionen auf rund zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Vermögen der Reichen wächst

Dabei ist der Anteil des obersten Zehntels der privaten Haushalte nach Angaben des Arbeitsministeriums „im Zeitverlauf immer weiter gestiegen“. 1998 belief er sich auf 45 Prozent des gesamten Vermögens. 2008 befand sich in den Händen dieser Gruppe der reichsten Haushalte bereits mehr als 53 Prozent des Nettogesamtvermögens. Die untere Hälfte der Haushalte jedoch verfüge über nur gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens, heißt es in dem Bericht weiter.

Arme werden noch ärmer

Große Unterschiede verzeichnet der Bericht auch bei der Lohnentwicklung: Sie sei „im oberen Bereich positiv steigend“ gewesen, heißt es. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten hätten jedoch nach Abzug der Inflation Einkommensverluste hinnehmen müssen. Eine derartige Entwicklung „verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung“, konstatieren die Beamten der Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, CDU.

Auch der Staat wird immer ärmer

Fortgesetzt hat sich laut Armut- und Reichtumsbericht der Trend des Verringerung des Vermögen des Staates. Es sei zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um mehr als 800 Milliarden Euro zurückgegangen, heißt es laut „Süddeutscher Zeitung“ in dem Report. Im Zuge der Rettungsmaßnahmen anläßlich der Finanz- und Wirtschaftskrise sei „eine Verschiebung privater Forderungen und Verbindlichkeiten in staatliche Bilanzen feststellbar“.

Wir hatten bereits in den „Hamburger Nachrichten“ 2009/1 geschrieben: „Wer kein Geld hat, bleibt arm, die Reichen aber werden meist immer reicher!“

Hamburg: Der Herbst kommt

Seite 2

Herbst: Kirche in Bergstedt

Photo: G. Helzel

Herbststimmung.

Eine freundliche, heitere Stimmung? Vielleicht täuscht sie aber, denn jemand, der sich nicht an ihr freuen kann, trauert vielleicht gerade. Vielleicht ist jemand nicht so froh, wenn er so eine Kirche sieht. Und er will auch gar nicht erst hineingehen, denn dort gibt es auch nicht mehr Hilfe. Daher soll diese Ausgabe der „Hamburger Nachrichten" wie stets auch auf diese eingehen, welche nicht mehr in die Kirche gehen.

Viele, die hier in Hamburg-Bergstedt an der Kirche vorbeifahren, werfen einen kurzen Blick auf das betagte Gebäude. Immer wenn es Herbst wird, dann werden die früher grünen wilden Weinblätter rot. Sie erinnern an den Wandel der Zeiten.

Die Kirche von Bergstedt ist eine der ältesten Hamburgs. Sie wurde 1256 unter dem Abt zu Stade und Vicebischof von Hamburg erbaut.

Und wenn wir einmal keine Zeit haben, dann blicken wir gar nicht mehr hin, besonders, wer in der Nähe wohnt. Aber wer sich die Zeit nimmt und einmal hineinblickt, dem bietet sich ein interessanter Einblick, falls die Kirche nicht verschlossen ist!

Busbeschleunigung ist für die FDP „Geldvernichtung"

Opposition gegen Verkehrskonzept des Senats

In der Bürgerschaftssitzung vom 14. 9. 2012 herrschte grundlegende Einigkeit in der Opposition, daß der SPD-Senat kein funktionierendes Verkehrskonzept habe.

Zwar sollte es eine Diskussion über Busbeschleunigung werden, artete jedoch in eine lautstarke Debatte um Hamburg als Deutschlands „Staumetropole Nummer eins" aus, wie der Verkehrsexperte der FDP, Wieland Schinnenburg, anmerkte. In der Aktuellen Stunde der Bürgerschaftssitzung hatte seine Fraktion das Verkehrsprojekt des Senats erneut auf die Tagesordnung setzen lassen — unter der werbewirksamen Kritik „Planlos, ideenlos, Millionen los: Überteuerte Busbeschleunigung und übles Baustellenchaos in Hamburg".

Es herrschte Einigkeit in der Opposition, daß der SPD-Senat kein funktionierendes Verkehrskonzept habe. Die Busbeschleunigung sei ein überteuertes Projekt, von dem man nicht einmal wisse, wie viel es der Stadt nütze. Insgesamt 259 Millionen Euro will die Verkehrsbehörde in acht Jahren investieren, um das Busverkehrsnetz in der Hansestadt zu verbessern.

„Sagenhafte 40 Millionen Euro für ein paar Minuten mehr Tempo auf der Metrobuslinie 5 — Geldvernichtungsprogramm wäre wohl der treffendere Titel", erregte sich Verkehrsexperte Schinnenburg. Klaus Peter Hesse (CDU) kritisierte zudem die Vorgehensweise von „Staufenator Frank Horch", wie er den parteilosen Wirtschaftssenator bereits vor einigen Tagen in den Medien genannt hatte. Die Busbeschleunigung führe zu einem erhöhten Verkehrschaos. Und die Baustellen dafür dürften nur eingerichtet werden, wenn es ein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis gebe.

Ähnlich bewertete es Verkehrsexperte Till Steffen (Grüne), der dem Senator vorwarf, „ins Blaue hinein" zu planen. Zudem habe man in der SPD nicht verstanden, daß das Sprichwort „das Leben in vollen Zügen genießen" heißen würde — nicht „in vollen Bussen". Damit spielte Steffen auf das von ihm und den anderen Oppositionsparteien sowie etlichen prominenten SPD-Mitliedern vorgezogene Stadtbahnprojekt an, das vom Bürgermeister konsequent abgelehnt wird.

Ein Großteil der Kritik am Busbeschleunigungsprogramm, vor allem die Ausführungen von Wieland Schinnenburg, bezeichnete Martina Koeppen (SPD) als ein „Feuerwerk ideologischer Worthülsen". Der Senat müsse jetzt kurzfristig in den Verkehr investieren, weil die Vorgängerregierung dies massiv vernachlässigt habe. „Es muß ein Trümmerfeld beseitigt werden, und der Senator ist auf dem richtigen Weg", so Koeppen. Dieser meldete sich — zur Verwunderung der Opposition — in der Debatte nicht zu Wort.

Auch ruhen die Hoffnungen des SPD-Senats auf den sogenannten Doppelgelenkbussen. Voll besetzt könnte er bis zu 120 Pkw ersetzen. Leider reicht das für die am stärksten benutzte Buslinie 15 nicht aus. Auch nehmen die Fahrgäste Busse längst nicht so gerne an wie Straßenbahnlinien. Und schließlich wird die Zunahme der Fahrgäste nicht mit Bussen allein aufgefangen werden können.

Frohebotschaftskirche: schlechte Botschaft?

Die Frohebotschaftskirche auf dem Dulsberg hat eine schlechte Botschaft zu verkünden: Das Kirchengebäude ist baufällig, und die Gemeinde kann den Unterhalt nicht mehr bezahlen. Doch meldete sich inzwischen der Denkmalschutz und will die 1937 erbaute Kirche vor dem Abriß bewahren.

Ein Bauplanungsbüro soll nun ein neues Nutzungskonzept für die Kirche erarbeiten. Darauf haben sich Kirchenvertreter und Denkmalpfleger geeinigt. Mit der etwas öden, aber schon lange im Gedächtnis der Anwohner verankerten Silhouette ist die Geschichte des Stadtteils Dulsberg seit den dreißiger Jahren verbunden. Wenn man sich ihr näherte, erkannte man schon von weitem den kantigen Turm. So zeigen wir hier eine Abbildung aus der Zeit, als noch die Straßenbahn Linie 16 Richtung Farmsener Trabrennbahn vorbeifuhr. So Kundenfreundlich war einst der Hamburger Nahverkehr, man konnte rasch von der U-Bahn in die Straßenbahn, die auf eigenem Bahnkörper fuhr, umsteigen.

Linie 16, Kreuzung Straßburger / Nodschleswiger Str., im Hintergrund Kirche, um 1960

Bürgermeister Scholz bei ‚Lebenspfad'

Photo: SPD Schleswig-Holstein

Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (l.) war vor kurzem Gastredner bei der kirchlichen Gesprächsreihe „Lebenspfad". Er vertraute den Zuhörern an, daß er in Hamburg als Privatmann auf der Straße oft erkannt und angesprochen werde, jedoch erlebe er das nur als ‚freundliche Geste'. Daß er von der Presse als „Hardliner" oder „Scholzomat" bezeichnet werde, damit müsse er leben. Lediglich der Titel „König Olaf" gefalle ihm gar nicht.

Zum Ausgleich für seine anstrengende Arbeit motiviere ihn seine Frau zum Sport, obwohl er eigentlich nicht sportlich sei.

Er widersprach dabei der Behauptung des Berliner Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD), daß „Multi-Kulti" gescheitert sei. Er halte wenig von solch vermeintlichen „Wahrheiten".

Hamburg: erste staatliche Waldorfschule

In Hamburg-Wilhelmsburg gibt es eine Neuheit: Die Schule Fährstraße soll die erste Schule in Deutschland werden, in der Waldorfpädagogen und Lehrer aus einer Regelschule zusammenarbeiten.

Die Pläne waren von der Waldorfinitiative selbst ausgegangen. Sie hatte erwogen, auf der Elbinsel eine Privatschule zu errichten, seit 2009 der interkulturelle Waldorfkindergarten an der Georg-Wilhelm-Straße eröffnet worden war. Zunächst fürchtete die Behörde die Konkurrenz. Jetzt geht man an der Fährstraße zusammen.

Schulsenator Ties Rabe (SPD) hat seine Zustimmung zu einem zehnjährigen Schulversuch, der die Vorteile der beiden pädagogischen Ausrichtungen verbinden soll, erteilt.

Die zwölfköpfige Waldorfinitiative begrüßte den Vorschlag der Schulbehörde. „Gerade die bildungsfernen Kinder können von unserer Pädagogik profitieren", sagt Christiane Leiste. Der Schritt heraus aus den „überwiegend bildungsbürgerlichen und kaum interkulturell geprägten Schichten und Vierteln" sei nur konsequent — schließlich wurde die erste Waldorfschule 1919 für Arbeiterkinder gegründet. „Unser Ziel ist eine Schule für alle", sagt sie. „Eine Waldorfschule, die kein Schulgeld kostet, ist ein wichtiger Baustein zur Chancengleichheit."

Es wird voraussichtlich bis zum Schuljahr 2014/2015 dauern, bis das Projekt an den Start geht. Fünf Monate haben Schulbehörde und Waldorfinitiative bereits verhandelt, doch es gibt weiteren Diskussionsbedarf, wie etwa bei der Schulzeit. Während die Schulbehörde von einem Fortbestehen als reine Grundschule ausgeht, rechnet die Waldorfinitiative mit dem Heranwachsen zu einer Gesamtschule auf zwölf, beziehungsweise 13 Jahre. „Sonst macht das alles keinen Sinn", sagt Christiane Leiste. Ziel der Waldorfpädagogik sei es unter anderem, das stressige Thema „Gymnasialempfehlung" zu einem so frühen Zeitpunkt für Kinder und ihre Eltern zu vermeiden. Zudem seien die Leistungen von Waldorfschülern durchaus vorzeigbar: So habe die Rudolf-Steiner-Schule in Harburg 2012 den besten Abiturschnitt von ganz Hamburg hingelegt.

Rudolf Steiner und die Waldorfschulen

Waldorfschulen (auch: Rudolf-Steiner-Schulen und in Deutschland Freie Waldorfschule) sind Schulen, an denen nach der von Rudolf Steiner (Abb., 1861 — 1925) begründeten Waldorfpädagogik unterrichtet wird. Der Name leitet sich von der ehemaligen Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria in Stuttgart ab, deren Besitzer Emil Molt Steiner unterstützte.

Die Waldorfpädagogik beruht auf der Grundlage der ebenfalls von Steiner begründeten Anthroposophie. In Deutschland sind Waldorfschulen staatlich anerkannte Ersatzschulen in freier Trägerschaft. Neben den Waldorfschulen gibt es auch Waldorfkindergärten und Schulen in Einrichtungen der anthroposophischen Heilpädagogik. Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreiten sich Waldorfschulen auch in anderen Ländern.

Nach Angaben vom März 2011 existieren weltweit 1001 Waldorfschulen, davon 689 in Europa. Die meisten von ihnen befinden sich in Deutschland (225), gefolgt von den USA (130) und den Niederlanden.

Anthroposophie als Grundlage

Steiner will die Pädagogik nicht von „den Qualifikations-, Reproduktions- und Selektionsanforderungen einer spätindustriellen demokratischen Leistungsgesellschaft her", sondern unmittelbar aus den Erfordernissen der kindlichen Entwicklung heraus bestimmen. Seine Auffassung dieser Erfordernisse ergibt sich aus seinen anthropologischen Hypothesen. Dies sind insbesondere die Lehren von der Drei- und Viergliederung des Menschen und die Temperamentenlehre.

Die Dreigliederung des Menschen in Geist, Seele und Leib und die Einteilung der Seelenfähigkeiten in Denken, Fühlen und Wollen zieht im pädagogischen Bereich die Forderung zur gleichberechtigten Schulung von „Denken, Fühlen und Wollen" nach sich.

Die Viergliederung des Menschen beschreibt neben dem physischen Körper drei weitere „Wesensglieder" des Menschen, die nur übersinnlich wahrnehmbar sind. Der Ätherleib sei Träger der Wachstumskräfte, der Astralleib Träger des Seelenlebens und das Ich ein unsterblicher, geistiger Kern im Menschen. Jedes dieser Glieder verläßt zu einem bestimmten Zeitpunkt des Lebens seine übersinnliche Hülle, werde also „geboren", wie der physische Leib geboren wird, indem er die leibliche Hülle der Gebärmutter verläßt. Diese übersinnlichen Geburten erfolgten in Abständen von sieben Jahren, weshalb die anthroposophische Anthropologie die Entwicklung des Kindes in Jahrsiebte einteilt.

Für die Schulzeit, die ungefähr die Altersspanne von 7 bis 18 Jahren umfaßt, sind das zweite und das dritte Jahrsiebt maßgeblich:

1) Die Geburt des Ätherleibes (Beginn des 2. Jahrsiebts) zeigt sich, so Steiner, durch den Zahnwechsel. Nachdem das Kind bislang durch „Nachahmung und Vorbild" gelernt habe, lerne es nun durch „Nachfolge und Autorität". Damit einher geht eine verstärkte Ausbildung der seelischen Kräfte des Lernens, insbesondere der bildhaften Phantasie und des Gedächtnisses.

2) Die Pubertät markiert die Geburt des Astralleibes (Beginn des 3. Jahrsiebts). Nun geht es um die Entfaltung der eigenen „Urteilskraft" und „den freien Verstand". Das kausale Denken in abstrakten Begriffen prägt sich aus.

Für Waldorflehrer hält Steiner außerdem die Kenntnis der Temperamentenlehre in der von ihm entwickelten Fassung für unabdingbar. Sie teilt, wie ihre griechische Vorläuferin, die Menschen in vier Grundtypen — Sanguiniker, Phlegmatiker, Melancholiker und Choleriker — ein, wobei in der Regel Mischformen dieser Typen auftreten.

Nach Wikipedia.

Abb: Packung Waldorf-Astoria-Zigaretten

Europa benötigt Inflation!

„Inflation ist ein Preis, den wir für Europa zahlen müssen", die Rettung Europas sei mit hohen Kosten verbunden. Deren Konsequenz werde „schlußendlich Inflation sein", sagen die beiden Deutsche-Bank-Chefs Anshu Jain und Jürgen Fitschen.

Die Europäer müssen sich wegen der Euro-Rettung nach Überzeugung des neuen Führungsduos der Deutschen Bank auf Inflation einstellen. „Das ist ein Preis, den wir für Europa werden zahlen müssen", sagte Anshu Jain der „Morgenpost Online". Langfristig werde sich dies aber lohnen. Jains Kollege Jürgen Fitschen sagte: „Es ist essentiell, daß der Euro gerettet wird:"

Die Europäische Zentralbank (EZB) will Euro-Krisenländern mit dem unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen unter die Arme greifen. Mit dem Programm, das an strenge Bedingungen geknüpft ist, könnte die Zinslast für angeschlagene Euro-Schwergewichte wie Spanien und Italien gedrückt werden. Faktisch würden die Anleihenkäufe durch die Notenpresse finanziert. Kritiker befürchten dadurch eine übermäßige Geldversorgung, die längerfristig die Inflation anheizen könnte. Eine ausufernde Teuerung würde vor allem Sparer treffen, die über nur geringe Sachvermögen verfügen. Im Gegenzug würden Schulden, also auch die Schuldenlast der Staaten, durch eine höhere Inflation schneller entwertet. Auch hat die US-Notenbank Fed angekündigt, so lange Milliarden in die US-Wirtschaft pumpen, bis sich der Jobmarkt erholt hat. Auch deswegen sehen Ökonomen eine wachsende Inflationsgefahr.

Jain sagte, die Rettung Europas sei sicherlich mit hohen Kosten verbunden. „Und ich habe eine große Sympathie für die Kritiker der Rettungspolitik." Denn die Konsequenz werde „schlußendlich Inflation sein". Diesen Preis aber werde Europa zahlen müssen. Die Inflationsrate in der Eurozone lag im August bei 2,6 Prozent. Damit verstärkte sich der Preisauftrieb. Der Anstieg war vor allem auf höhere Energiepreise zurückzuführen. Die Teuerung im Euroraum entfernt sich damit vom Zielwert der EZB, die eine Rate von knapp zwei Prozent anstrebt. Im Deutschland kletterte die Jahresteuerung im August von 1,7 Prozent im Vormonat auf 2,1 Prozent.

Fitschen stellte sich ausdrücklich hinter die angekündigten Anleihekäufe der EZB und damit gegen die Vorbehalte der Bundesbank. „Es ist gut, daß die Europäische Zentralbank handelt", sagte er. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei ein gutes Signal gewesen. Das Gericht in Karlsruhe hatte den Weg für den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM freigemacht. Allerdings koppelten die Richter die Genehmigung an Bedingungen. Deutschland dürfe dem „Europäischen Stabilitätsmechanismus" nur beitreten, wenn sichergestellt sei, daß das Haftungsrisiko nicht automatisch über die ausgehandelten 190 Milliarden Euro steige. Bei jeder Änderung müsse der Bundestag gefragt werden. Die Bundesrepublik hatte als einziges Euroland den ESM-Vertrag noch nicht ratifiziert, weil sie auf die Entscheidung des Gerichts warten mußte.

Jain und Fitschen stehen seit Juni als Nachfolger des langjährigen Vorstandschefs Josef Ackermann an der Spitze der Deutschen Bank. Erst am Dienstag hatten sie ihre Vorgehensweise erläutert. Die neue Führung will Deutschlands größte Bank mit einem milliardenschweren Sparprogramm fit für die Zukunft machen. Außerdem will das Duo der Bank einen besseren Ruf verschaffen. Ein Wandel der Unternehmenskultur sei „unerläßlich".

Auch bei den umstrittenen Bonuszahlungen für ihre Spitzendirektoren will die Bank auf die Bremse treten: Vorgesehen sei eine Einmalzahlung nach fünf Jahren anstelle gestaffelter Auszahlungen über drei Jahre hinweg. Fitschen hatte gesagt: „Kollegen, die nur zur Deutschen Bank wollen, um reich zu werden, gehören nicht dazu." Dem neuen Aufsichtsratsmitglied Werner Wenning geht die Boni-Bremse nicht weit genug. Fixe Obergrenzen für variable Gehaltsbestandteile sollten nach seiner Ansicht selbstverständlich sein, sagte Wenning der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung". Eine konkrete Zahl nannte er nicht, sagte aber: „Kein Manager, auch kein Investmentbanker, muß zweistellige Millionenbeträge verdienen."

‚Rent a Rentner'

Älterer Kapitän, Hamburg-Duvenstedt
Photo: G. Helzel

Eine Netzseite bietet neuerdings Vermittlung von Rentnern an, die noch nicht rosten und ihre Kenntnisse weitergeben wollen. Man wirbt mit „Reich an Erfahrung — günstig im Preis." Sie suchen Beschäftigung oder Unterstützung zu attraktiven Bedingungen? Engagieren Sie einen Rentner— davon profitieren beide Seiten.

Das Angebot geht von Architekt über Babysitter oder Gärtner bis Zeichenlehrer — regelmäßig oder gelegentlich. Man muß nicht soviel Erfahrung und Wissen brachliegen lassen, sagen die Initiatoren. „Hier finden Sie, wen Sie brauchen."

Man kann nach Tätigkeit komfortabel suchen, den passenden Anbieter aus einer Liste auswählen, direkt Kontakt aufnehmen, sich miteinander abstimmen und einfach loslegen. Die Netzseite lautet:
http://www.rentarentner.de/

Judith Butler erhielt Adorno-Preis

Die US-amerikanische Philosophin Judith Butler wurde in Frankfurt am Main mit dem Adorno-Preis ausgezeichnet. Die amerikanisch-jüdische Philosophin wurde vor allem bekannt durch ihre feministische Theorie. Die Preisverleihung wurde boykottiert vom Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt sowie der Jüdischen Gemeinde und vom Zentralrat der Juden. Stein des Anstoßes: Butlers Kritik an Israel und ihre Unterstützung von Boykottiert-Israel-Bewegungen.

Ende Mai gab das Kuratorium in Frankfurt die diesjährige Adorno-Preisträgerin bekannt und würdigte die jüdische Philosophin Judith Butler als „eine der maßgeblichen Denkerinnen unserer Zeit".

Judith Butler
Photo: Andrew Rusk

Der Zentralrat der Juden in Deutschland äußerte über seinen Generalsekretär Stephan Kramer gegen die Preisvergabe an Judith Butler mit polemischen Worten Kritik:

„Eine bekennende Israel-Hasserin mit einem Preis auszuzeichnen, der nach dem großen, von den Nazis als ‚Halbjude' in die Emigration gezwungenen Philosophen benannt wurde, kann nicht als ein bloßer Fehlgriff gelten. Nur ein Kuratorium, dem die für seine Aufgabe erforderliche moralische Festigkeit fehlt, konnte Butlers Beitrag zur Philosophie formvollendet von ihrer moralischen Verderbtheit trennen."

Sie reagierte, indem sie ihre eigene Prägung durch das Denken in der jüdischen Tradition betonte und verwahrte sich gegen den Vorwurf, sie unterstütze Hamas und Hisbollah, verteidigt aber ihre Kritik an Israels Besatzungspolitik und ihre Unterstützung von Israel-Boykott-Bewegungen.

Post muß NPD-Zeitung befördern

Die Deutsche Post muß Informationsmaterial der rechten NPD zustellen, solange die Publikationen nicht gegen das Strafrecht verstoßen oder zur Diskriminierung beitragen. Das geht aus einem Urteil vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe hervor. Die Karlsruher Richter verurteilten die Post zugleich zu einem Rahmenvertrag über die Beförderung der Zeitschrift „Klartext".

Aus Sicht der Richter ist „Klartext" eine Publikation, die nach deutschem Recht befördert werden muß. Sie erscheine periodisch und informiere über Tagesereignisse, Zeit- und Fachfragen. Solche Erzeugnisse müßten zur Förderung der Pressefreiheit ihren Empfängern so günstig wie möglich zustellt werden.

Daß sie unadressiert und wie eine Postwurfsendung an alle Haushalte zugehe, ändere nichts an der flächendeckenden Grundversorgung, zu der die Post wegen ihrer marktbeherrschenden Stellung verpflichtet sei. Bei solchen Universaldienstleistungen spiele die politische Ausrichtung keine Rolle. Die Post müsse die Druckerzeugnisse nur dann nicht austragen, wenn diese gegen das Strafrecht verstoßen oder zur Rassendiskriminierung beitragen. Dazu habe die Post aber nichts vorgetragen.

Damit folgten die BGH-Richter den Argumenten der NPD. Diese hatte auf das Postgesetz verwiesen, wonach regelmäßig erscheinende Druckschriften zur Information der Öffentlichkeit vertrieben werden müssen. Außerdem hatte sie sich auf das Gleichbehandlungsgebot berufen.

Vorher war NPD-Fraktion im sächsischen Landtag vor dem Landgericht Leipzig und dem Oberlandesgericht Dresden gescheitert.

Die Post versprach, sich an das letztinstanzliche Urteil zu halten.

Omar ibn Al Khattab-Moschee Berlin-Kreuberg Photo: Wikipedia, De-okin

„Jude" in Berliner Schulen wieder Schimpfwort

Neue Judenfeindlichkeit in Berlin

An vielen Schulen der Hauptstadt gehört Judenfeindlichkeit inzwischen zum Alltag. Gut nur, daß es keine Deutschen sind, sondern meist selbst Semiten, nämlich Araber, ein kleinerer Teil Türken. Neueste Steigerung: In Berlin wurde ein Rabbiner zusammengeschlagen, weil er ein Jude ist, weil er eine Kippa trug. Die Jüdische Gemeinde in Berlin empfiehlt daraufhin Kippa-Verzicht.

Auch Christen werden beschimpft

Deprimierend sind Informationen, die von den Lehrkräften, die an Schulen in sozialen Brennpunkten unterrichten, zusammengetragen wurden: Jungen aus arabischen und palästinensischen Elternhäusern beschimpfen deutsche Mädchen als „scheißdeutsche Schlampen".

Ihre deutschen Klassenkameraden werden als „Christen" verunglimpft, die „unrein" seien, weil sie Schweinefleisch essen. An der legeren Kleidung der Mädchen lesen sie ab, daß sie „Huren" und „Schlampen" seien. In Neukölln sind solche Haß-Tiraden keineswegs nur das Privileg männlicher Halbstarker muslimischen Glaubens. An einer Schule gab es eine Mädchen-Gang, die die Losung ausgab: „Kopftuch gegen Blond". Das Kopftuch, das bislang nur als Symbol religiöser Identität bekannt war, wurde von ihnen zum Haß-Zeichen gegen deutsche Mädchen umfunktioniert.

Die Verunglimpfung „du Jude" richtet sich aber keineswegs gegen wirkliche Juden — diese ziehen es aus Sicherheitsgründen zumeist vor, eine jüdische Schule zu besuchen.

Das Wort „Jude" ist zum allgemeinen Schimpfwort geworden, mit dem muslimische Jugendliche ihren Haß gegen die Gesellschaft oder ihren Selbsthaß an vermeintlich Schwächeren abreagieren. Oft wird das Wort „Jude" mit der Vokabel „Opfer" kombiniert. So hört man auf deutschen Schulhöfen neuerdings „Du Jude, du Opfer".

In dem betroffenen Berliner Wohngebiet wohnen fast nur Einwanderer, viele leben von Hartz IV. Sie leben also auf unsere Kosten, beschimpfen uns dafür auch noch.

Eltern müssen einbezogen werden

Zwar verhält sich der überwiegende Teil muslimischer Kinder in den Schulen unseres Landes völlig unauffällig. Doch sind die Kinder zu Hause den altmodischen, nicht kulturell zu uns passenden Moralvorstellungen ihrer Eltern ausgesetzt. Sie prägt die natürliche Verhaltensweise der Jugendlichen. Vor allen Dingen müssen daher die Eltern der mohammedanischen Schüler einbezogen werden.

Die verstorbene Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig hat in ihrem Buch „Das Ende der Geduld" beschrieben, wie man gegen die Unkultur des Hasses vorgehen kann. An Brennpunktschulen hat sie Elternabende besucht und sich mit arabischen Vätern auseinandergesetzt. Sie hat ihnen erklärt, daß die „Ehre der Familie" und das „religiöse Gesetz" gegenüber den Werten unseres Grundgesetzes, Freiheit, Toleranz und Gleichheit der Geschlechter, zweitrangig seien.

Sie hat im Verein mit der Polizei durchgesetzt, daß die Familien, deren Angehörige im Stadtraum durch Gewalt aufgefallen sind, in regelmäßigen Abständen polizeilichen Besuch (Polizeijargon: Gefährderansprache) bekommen haben. Sollte ein Lehrer und ein Sozialpädagoge die Eltern der Schüler regelmäßig besuchten, die in ihrer Schule durch rassistischen Haß aufgefallen sind? Die türkischstämmige Lehrerin Betül Durmaz sagte dazu: „Eigentlich müßte man diese Eltern mitbeschulen." Sollte man das versuchen?

Bild: Arabisches Café, Berlin Photo: Helzel

Buschkowsky: neues Buch

Heinz Buschkowsky Photo: David Wintzer

Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) sorgt mit seinem Buch „Neukölln ist überall" für Aufsehen und eine neue Debatte um Integration und Islamismus.

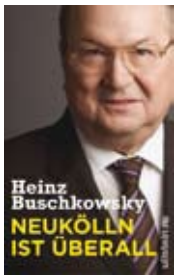
Zwei Jahre nach Thilo Sarrazins Buch sorgt nun auch der meldet sich daher wieder ein Mahner, der seinem eigenen SPD-Bürgermeister widerspricht.

Deutschfeindliche Agressionen

In „Neukölln ist überall" beschreibt Buschkowsky deutschenfeindliche Aggressionen, Integrationsverweigerung, Kriminalität und islamistische Tendenzen in seinem Bezirk und in der Einwandererszene. Gleichzeitig wirft er Berlins Regieren dem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) Ahnungslosigkeit über die tatsächlichen Probleme vor.

Er schlägt Alarm: Zoff auf den Straßen, hohe Arbeitslosigkeit, Überfremdungsängste bei der einheimischen Bevölkerung—das ist die Realität in Berlins Problembezirk Nr. 1. Doch Neukölln ist überall. Buschkowsky sagt, was sich in Deutschland dringend ändern muß.

Buschkowsky sagte im Interview mit der „Zeit", Wowereit beklage, Kinder könnten verhungern, wenn ihre Familien aus der Sozialhilfe Bußgelder bezahlen müßten. „Wo sind wir denn, daß ein Regierungschef so einen Stuß schreibt?" Nötig seien klare



Regeln auch für Einwanderer: Kindergartenpflicht, Ganztagsschulen und Sanktionen schon bei kleinen Regelverstößen.

„Wir müssen dort, wo alle Regeln für einen unverbindlichen Ulk gehalten werden, um den man sich nicht zu kümmern braucht, hin und wieder die Ohren langziehen", betonte Buschkowsky. „Auch Integrationspolitik kommt ohne Sanktionen nicht aus. Falschparken wiegt bei uns schwerer als Schulschwänzen."

Negative Reaktion von Einwanderern

Die Einwanderer-AG in der Berliner SPD warf Buschkowsky nach ersten Vorabdrucken aus dem neuen Buch Rechtspopulismus vor, weil er soziale Probleme nach der Herkunft der beteiligten Menschen einordne. „Die beste Bezirkspolitik für Neukölln kann nicht wiedergutmachen, was Heinz Buschkowsky mit seinem Mund einreißt", teilte Aziz Bozkurt von der AG Migration und Vielfalt mit.

Der Neuköllner Bürgermeister stütze die „unheilvolle Argumentation von der Deutschenfeindlichkeit einer ideologisch verblendeten Kristina Schröder". Im Internetz gab es dagegen viel Zustimmung.

Bund der Kriminalbeamten gegen Beschneidung

Der Bund der Kriminalbeamten (BDK) kritisierte die Resolution des Bundestage für ein Gesetz zur Erlaubnis der Beschneidung scharf. „Unsere Verfassung kann nicht durch ein einfaches Gesetz beschränkt werden, so wie es der Bundestag gerade panisch versucht", sagte BDK-Chef André Schulz. Die Freiheit der Religionsausübung der Eltern werde durch das „viel schwerwiegendere Recht des Kindes auf körperliche Selbstbestimmung" begrenzt.

Generalsekretär des Zentralrats der Juden bedroht

Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, wurde in Berlin angepöbelt.

Er soll am Olivaer Platz bedroht worden sein. Der Tatverdächtige, ein 33 Jahre alter Mann, soll Stephan Kramer, der mit seinen acht und zehn Jahre alten Töchtern auf dem Weg von einer Synagoge nach Hause war, sinngemäß gedroht haben, daß wenn die beiden Mädchen nicht dabei wären, „etwas passieren würde". Zuvor soll es zwischen dem 33-Jährigen und Kramer (44) vor einer Imbißbude zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen sein. Auch gegen Kramer hat die Polizei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil der 33jährige behauptete, im Verlauf des Streits seinerseits von Kramer bedroht worden zu sein. Informationen, wonach Kramer nach der verbalen Attacke des 33jährigen eine Waffe gezückt hatte und den Täter bedrohte, wies Kramer zurück.

Da man in Hamburg bereits vor etwa 25 Jahren auf der Ottenser Hauptstraße von Türken geschlagen wurde, dachte ich mir, da muß man wohl noch viel Privilegien haben, wenn bei uns die Polizei einschreiten wird!

Studie zu Kinderarmut

Eine Langzeitstudie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), kommt zu dem Ergebnis, das Einkommen und der Bildungshintergrund der Eltern seien die entscheidenden Faktoren für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Für die Studie sind 900 Kinder vom Vorschulalter an über 15 Jahre hinweg begleitet wurden.

Daher fordert die Arbeiterwohlfahrt im Kampf gegen Kinderarmut einen Ausbau der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche. Neben einer Unterstützung der Eltern sei eine Stärkung von Kitas, Jugendzentren oder Familienberatungen eine Lösung, erklärte der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler in Berlin bei der Vorstellung der Studie. Die Ergebnisse standen unter dem Motto: „Von alleine wächst sich nichts aus…" Starke Institutionen könnten Kindern das bieten, „was sie zu Hause eventuell nicht bekommen können." Um Armut zu verhindern, brauche man deshalb sichere Arbeitsplätze für die Eltern. Sein Facit: Armut ist der größte Risikofaktor für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Der Migrationshintergrund spiele dagegen eine schwindende Rolle. Die Autoren der Studie fordern daher, in der öffentlichen Debatte weg vom Thema „Migrationshintergrund" hin zu einer differenzierten Betrachtung der Lebensumstände zu kommen.

Lebenserwartung steigt

In Deutschland ist die Lebenserwartung erneut gestiegen und damit auf Rekordwerte geklettert. Neugeborene Jungen werden durchschnittlich fast 78 Jahre alt, Mädchen fast 83 Jahre.

Das geht aus einer Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes hervor, für die die Sterbefälle von 2009 bis 2011 und amtliche Bevölkerungszahlen ausgewertet wurden.

Damit erhöhte sich die Lebenserwartung verglichen mit der Untersuchung für 2008 bis 2010 bei Jungen um drei Monate, bei Mädchen um zwei Monate.

Auch für ältere Menschen hat die Lebenserwartung weiter zugenommen. Ein heute 65jähriger Mann kann statistisch gesehen damit rechnen, weitere 17 Jahre und 6 Monate zu leben. 65jährige Frauen können damit rechnen, noch weitere 20 Jahre und acht Monate zu leben.

Ältere haben eine relativ höhere Lebenserwartung als Neugeborene, da sie verschiedenen Lebensrisiken wie dem frühen Kindstod oder tödlichen Arbeitsunfällen nicht mehr ausgesetzt sind.

Hält der positive Trend in diesem Tempo an, kann ein 2009 geborener Junge nach statistischer Projektion mit einer Lebenserwartung von 86 Jahren und 5 Monaten rechnen. Mädchen könnten sogar die 90-Jahre-Marke überwinden: „Bei einem Mädchen sind es sogar 90 Jahre und 8 Monate", konstatierten die Statistiker.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt, daß in den kommenden 50 Jahren die durchschnittliche Lebenserwartung in den Industrienationen um sieben Jahre steigen wird. Die Zahl der hundertjährigen Deutschen ist heute etwa fünfmal so hoch wie vor 30 Jahren.

Die Bundesrepublik ist bereits heute das „Altersheim Europas". Im Jahrbuch 2011 des Europäischen Statistikamtes führt Deutschland gleich zwei Tabellen an: als Land mit dem geringsten Anteil an Jugendlichen und dem höchsten Anteil an Rentnern aller 27 Staaten.

Aus anderen Zeitungen

Anna Sauerbrey

Der Tagesspiegel

Identitätskrise

Unter der Überschrift „Wer sind wir eigentlich?" schreibt Anna Sauerbrey im „Tagesspiegel" zu den Themen ‚Volk" und ‚Heimat" im heutigen Deutschland und Israel:

Neurose

„Deutschland und Israel verbindet mehr, als beide Länder gemeinhin glauben. Zum Beispiel leiden sie an derselben Neurose: einer tiefen Krise ihrer Identität. …

Volk, das; -s. Noch so ein Wort, das dem politisch sensiblen Deutschen kaum über die Lippen ging, das erst mit der Wende etwas Blut-und-Boden-Geschmack verloren hat und auch nur, weil es seine Bedeutung gewandelt hat, nicht länger heißt: Wir sind gleicher Abstammung. Viele Israelis hingegen meinen genau das, wenn sie vom jüdischen Volk sprechen: gleicher Abstammung sein. „Ich glaube, wir können nicht hier sein, ohne uns mit unseren Wurzeln zu identifizieren", sagt Lea (eine Jüdin, Hg.)… Ein Ort, von dem sie sagt, daß sie mit ihm durch ein tiefes Heimatgefühl verbunden ist…"

Minderheiten

„Und Deutschland besteht schließlich zunehmend aus sogenannten Minderheiten, oder, schöner: Es ist nicht weniger als Israel ein Land der „Bindestrich-Identitäten". Das Wort findet sich in dem jüngst erschienenen Buch der drei „Zeit"-Journalistinnen Özlem Topçu, Alice Bota und Khuê Pham. Titel: „Wir neuen Deutschen". Über das Wort ‚Migrationshintergrund' schreiben sie: „Das Wort verrät sich selbst: Es versucht eine Definition, die offenbart, wie vage das Konzept von Deutsch-Sein und Nicht-deutsch-Sein ist."…

Die Autorin ist Mitarbeiterin der Meinungsredaktion des „Tagesspiegel". Sie ist im Rahmen von „Project Interchange", einem Bildungsprogramm des American Jewish Committee, eine Woche lang durch Israel gereist.

Lesen Sie den gesamten Artikel bei:
http://www.tagesspiegel.de/meinung/deutschland-und-israel-wer-sind-wir-eigentlich/7139074.html

junge Welt

„Beschneidung kleiner Kinder unmenschlich"

Unter der Überschrift „Beschneidung kleiner Kinder ist unmenschlich" brachte die „Junge Welt" ein Gespräch mit Evelyn Hecht-Galinski (G) über das Urteil des Kölner Landgerichts, welches Peter Wolter mit ihr führte:

Wolter: Die Zentralräte der Muslime und der Juden haben sich gestern lautstark über das Urteil des Kölner Landgerichts empört, daß die religiös motivierte Beschneidung kleiner Jungen Körperverletzung und damit eine Straftat ist. Ist dieses Urteil für Sie als Jüdin tatsächlich so abwegig?

G.: „Für mich überhaupt nicht. In der heutigen Zeit sehe ich überhaupt keine Notwendigkeit mehr, einen solchen Eingriff vorzunehmen, ich habe das schon immer für Körperverletzung gehalten. Beschneidung von Mädchen ist nicht erlaubt — warum also müssen sich die Jungen das gefallen lassen?

Egal ob es ein Säugling oder ein Achtjähriger ist — das Kind wird weder gefragt, noch kann es sich wehren. Es sollte zumindest das Alter der gesetzlichen Religionsmündigkeit haben — 14 Jahre also — und sich frei entscheiden können, ob es das will oder nicht."

Wolter: Gegen das Urteil werden vorwiegend drei Argumente angeführt. Eines lautet: Das ist eine für unser Bekenntnis heilige Tradition, die 3000 Jahre alt ist. Was sagen Sie dazu?

G: „Nicht alles, was sich seit 3000 Jahren gehalten hat, muß zwangsläufig gut sein. Körperliche Züchtigung z.B. war jahrtausendelang bei Christen, Muslimen und Juden üblich — sie ist in zivilisierten Ländern heute mit Recht verboten.

Mit religiösen Schriften wie Bibel, Thora oder Koran wird ohnehin viel Unfug angestellt. Besonders in Israel wird heute mit der Thora in der Hand eine Politik betrieben, die es mir schwer macht, viele jüdische Ideen noch als das zu sehen, was sie sein sollten: Humanistisch und im Kern gut."

Wolter: Gegenargument Nr. zwei: Die Beschneidung dient der Hygiene.

G: „Das war früher sicher ein Argument, als die Menschen in großen Gebieten des Nahen Ostens kein fließendes Wasser hatten. Heute könnte man das nur noch für Nomaden in der Wüste gelten lassen — aber selbst im Nahen Osten haben die meisten Menschen heute einen Wasseranschluß. Wenn man sich partout nicht waschen will, hat das zwar nichts mit Religion zu tun, ist aber immer von Nachteil — egal, ob man eine Vorhaut hat oder nicht"…

Wolter: Welche Auswirkung wird das Kölner Urteil Ihrer Meinung nach haben?

G: „Ich fürchte, daß dieses Urteil keinen Bestand hat, der Druck beider Zentralräte auf Politik und Justiz wird noch zunehmen. Mit dem Schächten ist das ähnlich — diese Tierquälerei ist wie die Beschneidung ein Anachronismus sondergleichen und zweitens gesetzlich verboten. Das muß religiöse Muslime und Juden aber nicht weiter betrüben, sie bekommen ohne weiteres eine Ausnahmegenehmigung…."

Facit des Artikels: Das Urteil des Kölner Landgerichts ist zu begrüßen, wird aber wohl wirkungslos bleiben.

Die Publizistin Evelyn Hecht-Galinski ist die Tochter des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski.

Lesen Sie den gesamten Artikel bei:
http://www.jungewelt.de/2012/06-28/052.php

Burg Frankenstein Photo: Pascal Rehfeldt

‚Drehscheibe Deutschland': übersinnliche Stimmen

Die Fernsehmacher des Magazins ‚Drehscheibe Deutschland' waren dabei, als die aus Nordrhein-Westfalen stammende Gruppe „Gost Hunter" (Geisterjäger) sich bemühte, auf der Burgruine Frankenstein bei Darmstadt Übersinnliches aufzuschnappen. Da war die Gruppenleiterin, Anwaltsgehilfin Melanie Schindler (o.), welche staunenswerte Tatsachen präsentierte, der Chef-techniker Tom Pedall (l.), der mit Nachtsichtkameras und High Tech-Geräten alles mögliche aufzeichnete, was man gar nicht gedacht hätte, der Schriftsteller Walter Scheele (l.), seit 15 Jahren am Schreiben über Frankenstein, und das Medium Roland Bachofner (l.), der auch viele Dinge, darunter Verstorbene, sehen kann.

Die Einspielung konnte überzeugen, man hatte nämlich einen Ball mitgebracht, und bevor jemand sich des Wortes überhaupt bedient hatte, war auf dem Aufzeichnungsgerät zu hören „den Ball". Auch war eine kurze, deutliche Stimme zu hören: „Absolution", wovon das ZDF sogar die Audiokurve zeigte (Abb. oben).

Der anwesende Roland Bachofner, welche sich einmischte, erzählte, daß er auch Verstorbene sehe. Das 43jährige Medium lebt von Spenden. Der Beitrag ist zu sehen:
http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/aktuellste/428#/beitrag/video/1723736/drehscheibe-am-21-September-2012

Neuer Papyrus: War Jesus verheiratet?

Papyrus gefunden

Ein kleines Papyrus-Fragment wirbelt Staub auf. Nach ihm könnte Jesus auch eine Frau gehabt haben. Auf dem Schnipsel steht geschrieben, auf deutsch übersetzt: „Jesus sagte zu ihnen, meine Frau…". Den kleinen Papyrus aus dem vierten Jahrhundert hatte die Religionswissenschaftlerin der angesehenen amerikanischen Harvard-Universität, Professor Karen King (58), der Weltöffentlichkeit präsentiert. Die Historikerin hat den kleinen Papyrus analysiert und ihn nun auf einem Kongreß in Rom Kollegen vorgestellt. King gilt als Expertin der Koptologie, der Lehre der Sprache, Kultur, Geschichte und Religion der koptischen Epoche. Sie hält das Dokument für echt.

Es soll sich um einen Dialog zwischen Jesu und seinen Jüngern handeln, in dem es um die Frage geht, ob Maria als Frau würdig sei, ein Jünger Jesu zu sein, was Jesus gemäß dem Papyrus bejahte.

Israelische Meinung

In den israelischen Medien wurde zunächst erklärt, weshalb dieses Fragment in der christlichen Welt überhaupt für Aufregung sorgt. „Gemäß christlicher Tradition war Jesus niemals verheiratet, obwohl es dafür keinen historischen Beweis gibt", schrieb Israels auflagenstarke Zeitung Israel Hayom. Ferner werde damit die katholischen Kirche angegriffen, da Frauen laut Papyrus wohl auch ein Priesteramt übernehmen dürften.

Israels orthodoxe Medien haben in ihren Printmedien und Webseiten den Jesus-Papyrus hingegen verschwiegen. Aus jüdischer Sicht und Tradition darf ein Messias verheiratet sein, denn damit hält er zuerst das erste Gebot in der Bibel (1. Mose 1,28): „Seid fruchtbar und mehret euch und füllt die Erde". Darüber hinaus waren die verschiedenen „Messiasse" in der jüngeren jüdischen Geschichte, die von diversen Gruppen als Heilsbringer angesehen wurden, alle verheiratet. Darunter Rabbi Menachem Mendel Schneerson, der mit Chaya Moussia verheiratet war und im Jahr 1994 starb. Von seinen Chabad-Anhängern wird er als „Messias" angesehen, sein Wiederkommen wird jährlich erwartet. In Israel sorgt die Vorstellung eines verheirateten Messias deshalb für keine theologischen Diskussionen.

Andere antike Religionen

Die anderen, in der Antike konkurrierenden Religionen kannten ebenfalls ‚Messiasse', lateinisch salvator oder klassisch servator genannt, griechisch sotér (σωτήρ). Diese alten Sprachen kannten im Gegensatz zur Bibel auch weibliche Formen, Lateinisch servatrix, Griechisch sóteira (σώτειρα). Auch kamen bei diesen Götter-Töchter im Gegensatz zur Bibel vor, die nur männliche Gottessöhne (oder: Göttersöhne, der Begriff ‚benej ha-Elohim' ist zweideutig) kennt (Gen. 6,2; Hiob 1,6).

Überlieferung über Jesum lückenhaft

Interessant ist, daß wir zwichen der Kindheit und dem ersten Auftreten Jesu, als er seine Predigten zu halten begann, überhaupt nichts über ihn erfahren. Die vier Synoptiker Matthäus, Marcus, Lucas und Johannes schweigen da. Man wird also von selbst zu der Vermutung kommen, daß die Autoren der Synoptiker etwas wegließen, was vielleicht nicht gewünscht wurde. Auch weiß jeder, der Latein und Griechisch kann, daß Wörter wie Erotik (amor, eros, ἔρως) im Neuen Testament gar nicht vorkommen. Immer wenn wir in einer neuen Übersetzung daher lesen „Liebe", so muß es eigentlich heißen ‚Nächstenliebe'. Sollte sich etwa Jesus vor dem Beginn seiner Predigten erotischer gegeben haben?

Übersetzung des Papyrus: spannend

Karen King hat die Worte aus dem Sahidischen übersetzt, einem koptischen Dialekt der ägyptischen Christen des 4. Jahrhunderts. Die so zusammengestellten acht übereinander stehenden Satzfetzen sollen offenbar ein Gespräch zwischen Jesu und seinen Jüngern wiedergeben. „Meine Mutter gab mir Leben …", heißt es da, und „Maria ist es wert" — vielleicht aber auch „Maria ist es nicht wert". Und dann gibt es noch den spektakulären halben Satz „Jesus sagte zu ihnen: Meine Ehefrau …". Besonders interessant ist allerdings auch der nächste Satzfetzen: „… sie wird fähig sein, mein Jünger zu sein …"

Andere Belege

Wenn diese Datierung korrekt ist, so schreibt King, biete das Fragment immerhin einen direkten Beleg dafür, daß mehr als ein Jahrhundert nach seinem Tod unter den Christen erstmals über eine mögliche Ehe Jesu diskutiert wurde. Ein indirekter Hinweis geht King zufolge allerdings schon auf den Theologen Clemens von Alexandria zurück. Dieser hatte Ende des 1., Anfang des 2. Jahrhunderts darauf hingewiesen, einige Christen bestünden darauf, daß Jesus nicht verheiratet war. Demnach mußte es auch solche gegeben haben, die vom Gegenteil ausgingen.

Eine Figur des sogenannten Philippus-Evangeliums kann sicherlich als Maria Magdalena angesprochen werden. Auch dabei handelt es sich um eine gnostische Schrift, die wohl im dritten Jahrhundert entstand und die 1945 mit zahlreichen anderen Texten bei Nag Hamadi in Ägypten ans Licht kam. Darin heißt es unter anderem: „Die Gefährtin (des Erlösers) ist Maria Magdalena. Der (Erlöser liebte) sie mehr als (alle) Jünger, und er küßte sie (oft) auf ihren (Mund)." Dieses Zeichen der Zuneigung muß nach anderen aber nicht unbedingt erotisch gedeutet werden, sondern soll in der Regel als Übertragung der Lehrkompetenz gesehen werden.

Was also könnte der Papyrus-Fetzen von Karen King uns sagen: Daß es in den ersten Jahrhunderten deutlich mehr Spielarten des Christentums gegeben hat, als wir — geprägt von den zwei Großkirchen —bedenken. Daß es wahrscheinlich mehr christliche Evangelien gegeben hat als die gut 30, die bislang bekannt sind. Und daß in vielen christlichen Gemeinden Frauen die Möglichkeit hatten, aus dem überkommenen Rollenverständnis auszubrechen.

King hat für das „Harvard Theological Review" bereits eine 52-seitige Abhandlung verfaßt, in der sie das Fragment als echt beschreibt und einordnet.

Frank Stronach: neuer Populist aus Österreich

Frank Stronach, österreichischer Milliardär
Photo: Steindy

Ein neuer Populist macht von sich reden: Frank Stronach. Er ist nun achtzig Jahre alt, geborener Österreicher, und hat es vom Tellerwäscher zum Milliardär gebracht. Als ein Rechter kann man zwar sonst nicht ins Deutsche Fernsehen, doch da er bereits im Österreichischen Fernsehen umschwärmt wird, ließ Sandra Maischberger ihn als erste ins Deutsche Fernsehen und in ihre Sendung, welchte sie „Euroland ist abgebrannt — Comeback der Nationen?", nannte. Miteingeladen waren der frühere Linkenchef Oskar Lafontaine, die Europaabgeordneten Jorgo Chatzimarkakis (FDP) und Franziska Brantner (Grüne) sowie Thilo Sarrazin.

Da gab es neue populistische Töne aus Österreich: Frank Stronach will ins Parlament — mit Angriffen auf Kanzlerin Merkel und Südeuropäer.

Stronach: „Der Staat treibt nicht die Wirtschaft. Was die Wirtschaft treibt sind drei Kräfte: Kluge Manager, fleißige Arbeiter und Investoren."

Wenige Tage zuvor hatte er seine neue Partei „Team Stronach" vorgestellt, die sich laut einer Umfrage schon jetzt 40 Prozent der Österreicher in der Regierung wünschen, denn sie bewundern ihn, wie er, ein einfacher und armer Mensch, aufstieg zum Milliardär. „Ich habe die Welt wollen sehen, komme aus einer Arbeiterfamilie", begründete Stronach in ungelenkem Deutsch bei Maischberger, warum er als junger Mann nach Kanada ausgewandert war. Seine Geschichte mit dem Aufstieg vom Tellerwäscher zum Milliardär fasziniert Österreich.

Sandra Maischberger Photo: Holger Noß

Nicht gefallen hat Sandra Maischberger, was er bei der Vorstellung seiner Partei über Angela Merkel gesagt hatte: „Entweder ist sie so dumm oder sie spielt bei den Banken mit."

„Die Deutschen sind verhaßt", sagte er bezüglich des Ansehens der Deutschen in Südeuropa. Und schließlich wählte er ein Bild aus dem Volksmund, weshalb doch die Finanzhilfen in Europa ein Ende haben müßten. Wenn einem Bauern durch ein Unwetter die Ernte zerstört werde, sei es selbstverständlich, daß ein verschonter benachbarter Bauer ihm helfe. Aber „Wenn alles normal läuft und ein Bauer ist immer im Wirtshaus, dem hilft man net", sagte Stronach.

Für den aus Griechenland stammenden FDP-Europapolitiker Chatzimarkakis klingelten da die Alarmglocken. „Wenn Sie mit solchen Thesen kommen, das macht mir Angst", sagte der Liberale. Und prophezeite aber: „Sehr viele Leute werden Sie wählen."

Tilo Sarrazin, ehemaliger Berliner Finanzsenator (SPD) und Bestseller-Autor: „Es wird keinen europäischen Bundesstaat geben. Darum wird der Euro immer eine sehr gefährdete Währung bleiben."

Neben Österreichs Populisten scheint uns Sarrazin eher wie ein sanfter Junge.

Drohnen – Ermittlungen gegen unbekannt

Da 2010 ein Bundesbürger in Pakistan durch Drohnenbeschuß ums Leben gekommen ist, hat nun die Generalbundesanwaltschaft das erstemal ein Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit einem Drohnenangriff eröffnet.

Sie prüft jetzt, ob die Tötung des aus Wuppertal stammenden Bünyamin E. ein Kriegsverbrechen war. Die Ermittlungen laufen gegen unbekannt.

Der Zwischenfall, der jetzt endlich untersucht wird, liegt schon einige Zeit zurück: Am 4. Oktober 2010 waren im Nordwesten Pakistans zwei aus Deutschland stammende Islamisten ums Leben gekommen, der 20-jährige Bünyamin E., der deutscher Staatsbürger ist, und der Iraner Shahab Dashti (27), der früher in Hamburg lebte. Sie starben auf einem Gehöft am Rande der Stadt Mir Ali durch Raketenbeschuß von einer Drohne, einem unbemannten ferngesteuerten Flugobjekt. Solche Drohnen setzen dort die USA ein — was den Fall diplomatisch heikel macht.

Zwar ist das deutsche Strafrecht auf jeden Fall anwendbar, wenn ein deutscher Staatsbürger im Ausland getötet wird. Die Bundesanwaltschaft ist aber nur zuständig, wenn der Todesfall im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt stand. Zwar ist das Töten gegnerischer Kämpfer im bewaffneten Konflikt erlaubt, und dabei dürfen in geringem Maße unbeteiligte Opfer („Kollateralschäden") hingenommen werden. Dagegen ist das gezielte Töten eines Terroristen, der nicht Teil des bewaffneten Konflikts ist, nach deutscher Ansicht verboten, dies wäre staatlicher Mord. Das allerdings sehen die USA anders, die einen Krieg gegen al-Qaida ausgerufen haben.

Die Bundesanwaltschaft ist wohl nicht scharf darauf, einen Konflikt mit den USA zu beginnen — zumal Präsident Barack Obama angeblich alle gezielten Tötungen persönlich absegnet und damit auch Ziel deutscher Strafverfolgung wäre.

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler

Der Bund der Steuerzahler ist mit der 40. Ausgabe des Schwarzbuchs „Die öffentliche Verschwendung" herausgekommen. Es enthält eine Beispielsammlung aus unterschiedlichen Bereichen, in denen die öffentliche Hand einen sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit Steuergeld vermissen ließ und zeigt die Verschwendung von Steuergeld in den unterschiedlichsten Formen und mit den unterschiedlichsten Summen. Da geht es u.a. um Fehlplanungen, Kostenexplosionen, Mängel im Beschaffungswesen und teuren Annehmlichkeiten, aber auch um Gedankenlosigkeit beim Umgang mit dem sauer verdienten Geld der Bürger.

Um ihre Schulden zu begrenzen, müßten sich Bund und Bundesländer derzeit ohnehin „gewaltig anstrengen", erklärte der Präsident des Steuerzahlerbunds, Karl Heinz Däke, zu der nun vorgestellten Auflistung. „Sie können es sich daher nicht leisten, auch nur einen Euro durch Fehlplanungen und sorglosen Umgang zu verschwenden." Däke warnte davor, im Zuge der wieder anziehenden Konjunktur und steigender Steuereinnahmen nachlässiger gegenüber Verschwendung zu werden.

Die Kritik des Steuerzahlerbunds richtete sich dabei auch wieder gegen diverse kuriose Fälle. Dazu zählt der Fall eines kommunalen Sportstadions in Bergen auf Rügen (Mecklenburg-Vorpommern), das erst für zwei Millionen Euro erneuert und dann wegen trotzdem anhaltender Überschwemmung des Rasens bei Regen einer speziellen „Wurmkur" unterzogen wurde. Eine Spezialfirma setzte 200.000 Regenwürmer aus, die den Boden auflockern und so das Wasser ablaufen lassen sollten. Das kostete zwar weitere rund 7000 Euro, brachte aber keinen Erfolg.

In Niedersachsen moniert der Verband unter anderem die Pensionierung von zwei erst 37- und 40jährigen Lehrerinnen, die seiner Darstellung nach trotz fehlender Kriterien für eine dauerhafte Dienstunfähigkeit rechtswidrig erfolgte. In einem Fall hat er sogar Strafanzeige wegen des Verdachts der Untreue gegen Verantwortliche der Landesschulbehörde in Lüneburg eingereicht.

Zahlreiche im neuen Schwarzbuch aufgeführte Fälle beziehen sich auf teure Planungsfehler oder Kostensteigerungen im Verkehrs- und Baubereich. Auf der gerade fertiggestellten ICE-Bahntrasse zwischen Köln und Frankfurt am Main mußten 20 Kilometer Lärm- und Windschutzwand abgebaut werden, weil sie dem Luftdruck der Züge nicht standzuhalten drohten. Die Kosten für die Reparatur für den Steuerzahler, getragen vom Bund und der im Staatsbesitz befindlichen Deutschen Bahn, betrugen 45,1 Millionen Euro.

Im rheinland-pfälzischen Obersimten wiederum wurde im Zuge des Baus einer Ortsumgehungsstraße zwischen einigen Dörfern eine 430.000 Euro teure Brücke gebaut, deren einziger Zweck der Erhalt eines kleines Feldwegs war, der die neue Straße kreuzte. Nach Angaben des Steuerzahlerbunds aber wird dieser Feldweg gar nicht benötigt. Benutzt werde er lediglich von einigen Spaziergängern mit Hunden.

Anders als die Jahre zuvor nannte der Bund dieses Mal keine Gesamtzahl, die die Steuerverschwendung beziffern könnte.

Gewalt gegen Polizisten steigt stark an

Immer häufiger werden Polizisten Opfer von Gewalt. Das sagen auch der Hamburger Innensenator Michael Neumann (SPD) und Gewerkschaften, die damit in den vergangenen Wochen an die Öffentlichkeit getreten sind.

Die Zahl der Körperverletzungen stieg um mehr als 60 Prozent an.

In Baden-Württemberg nimmt die Gewalt gegen Polizisten weiter massiv zu. Die Zahl der Körperverletzungen im ersten Halbjahr 2012 stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 63 Prozent auf 471 Fälle.

Das geht aus einem internen Bericht von Innenminister Reinhold Gall (SPD) für die Kabinettssitzung hervor. Gall sagte: „Ich verurteile die weitere deutliche Zunahme der Gewalt gegen unsere Polizisten. Sie ist Ausdruck wachsender Respektlosigkeit gegenüber dem Staat und auch das Ergebnis vermehrt zügellosen Alkoholkonsums."

Alkohol sei nach wie vor die Hauptursache für Delikte gegen Polizisten, hieß es in Galls Kabinettsvorlage. Bereits 2011 lag die Zahl der Angriffe auf Polizisten auf Rekordniveau.

Gall erläuterte, die geplante Polizeireform solle mehr Beamte auf die Straße bringen, um gegen Randalierer stärker auftreten zu können. Der Stuttgarter Polizeipräsident Thomas Züfle hatte vergangene Woche eine neue „Führungs- und Einsatzkonzeption Brennpunkte" vorgestellt. Das könnte auch für andere Städte beispielgebend sein, um Gewalt vorzubeugen und besser zu bekämpfen, sagte Gall.

„Unsere Polizeibeamtinnen und -beamten sorgen Tag für Tag dafür, daß Baden-Württemberg eines der sichersten Länder ist. Deshalb haben sie Respekt und Anerkennung, aber auch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger verdient." Er erläuterte, die geplante Polizeireform solle mehr Beamte auf die Straße bringen.

Hamburgs Schüler: schlecht!

Die besten Schüler lernen im Süden

Beim Länder-Schulleistungsvergleich vierter Klassen haben die Süd-Länder Bayern und Baden-Württemberg erneut am besten abgeschnitten. Sachsen und Rheinland-Pfalz folgen danach, gefolgt zum Teil von Hessen.

Hamburg kommt als drittschlechtestes Bundesland nach Berlin und Bremen, welch letzteres das Schlußlicht ist.

Die Untersuchung, die erstmals auf Basis der neuen bundesweiten Bildungsnormen durchgeführt wurde, löst den bisherigen Pisa-Bundesländer-Vergleich ab.

Damit stellten die Forscher vom Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) wieder ein großes Leistungsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden der Bundesrepublik fest. Beim Leseverständnis im Fach Deutsch hatten bayerische Schüler gegenüber Gleichaltrigen aus Bremen im Schnitt einen Wissensfortschritt von über einem Schuljahr. Beim mündlichen Textverständnis betrug der Abstand sogar fast eineinhalb Jahre.

Dieser Test belegt erneut die extrem hohe Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Bundesweit hat ein Kind aus der Oberschicht gegenüber einem Schüler aus einer Facharbeiterfamilie auch bei gleicher Intelligenz und Lernvermögen eine 4,5 mal so große Chance, ein Gymnasium zu besuchen.

Fast 18 Prozent aller Neuntkläßler in Deutschland haben laut der Untersuchung einen Migrationshintergrund; in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen bis zu 30 Prozent. Dabei fanden die Forscher erhebliche Lernunterschiede zwischen den jeweiligen nationalen Gruppen.

Jugendliche türkischer Herkunft erzielten in der Schlüsselkompetenz Lesen/Textverständnis die schlechtesten Werte, während zugewanderte Jugendliche aus Polen und aus der ehemaligen Sowjetunion deutlich besser abschnitten. Innerhalb der einzelnen Herkunftsgruppen wurde zudem eine erhebliche Spreizung der Leistungen festgestellt.

Sowohl in Deutsch als auch in der ersten Fremdsprache Englisch wurden Lesen und Zuhören getestet. In Deutsch wurden zudem die Kenntnisse in Orthographie untersucht.

Die Ergebnisse zeigten zudem, daß fast ein Viertel der 15jährigen in Deutschland nur Texte mit Grundschulniveau verstehen konnte.

Chinesischer Markt vor dem Hamburger Rathaus

Andy Grote, Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, eröffnete den großen Chinesischen Markt von Roncalli, der vom 3. bis 12. August täglich von 11—21 Uhr vor dem Hamburger Rathaus stattfand. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es ein so breites und authentisches Angebot an traditionellem chinesischem Kunsthandwerk und chinesischer Handelsware. Dies ist vor allem Hamburgs engen Verbindungen zur Partnerstadt Shanghai zu verdanken. Alles Mögliche wurde geboten, was man sonst nur in China sehen kann. Dolmetscher halfen bei der Verständigung zwischen den chinesischsprachigen Kunsthandwerkern und ihren deutschen Kunden. Beliebt waren z. B. auch chinesische Mediziner und Masseure.
Photo: G. Helzel

Altersarmut bei Rentnern

Die Altersarmut von Rentnern hat einer Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zufolge in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Auch die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung ist gestiegen.

Im Untersuchungsjahr 2009 hätten die Einkommen in 11,5 Prozent der Rentnerhaushalte unterhalb der Armutsgrenze gelegen, Im Jahr 1995 habe die Quote noch bei 9,4 Prozent gelegen. Als Armutsgrenze definierten die Forscher 60 % des mittleren Einkommens in Deutschland; für das Jahr 2009 lag der Wert bei 870 € im Monat.

Die Schere zwischen armen und wohlhabenden Rentnerhaushalten in Deutschland klaffe weiter auseinander, heißt es in der Studie. Die reichsten 20 Prozent der westdeutschen Rentnerhaushalte verfügten 2009 über ein etwa doppelt so hohes Einkommen wie die ärmsten 20 Prozent. Der Abstand habe sich seit 1995 vergrößert. In den neuen Ländern hingegen lagen die Einkommen des oberen Fünftels in beiden Jahren um 54 Prozent über denjenigen des unteren Fünftels, so daß im Jahre 2009 Rentner im Osten 8,6 % unter der Armutsgrenze lagen, in Westdeutschland dagegen 12,2 %.

Zugleich waren Frauen in Ost und West häufiger von Altersarmut betroffen als Männer.

Leserbriefe

Zum Thema „Schwarzgeld" erhielten wir folgenden Leserbrief:

Schwarzgelder und hinterzogene Steuergelder sind Diebesgut. Das Handeln mit, und das Verschieben von Diebesgut ist Hehlerei. Das Handeln der schweizer Behörden und Ämtern, die das Zulassen und Fördern stellt also eine organisierte Kriminalität dar. Jeder schweizer Beamte im Ausland sollte also als Mitglied einer organisierten kriminellen Vereinigung angeklagt werden.

Länder, die zum großen Teil von Schwarzgeld und hinterzogenen Steuern von anderen Ländern existieren, sind wie Parasiten und Schmarotzer in der westlichen Zivilisation.

Raimund Vorbeck

Usedom, die Sonneninsel

Die „Sonneninsel“ Usedom war diesmal ein Urlaubsziel unseres Herausgebers. Man muß mal in einem Zelt übernachtet haben, sagte er sich (oben), und kaufte sich ein „Wurfzelt“. Das wirft man einfach in die Luft, und schon steht es. Dort nun zeltete ich auf dem abgelegenen Zeltplatz „Natur-Camping-Usedom“ bei Lütow auf der Halbinsel Gnitz. Die romantischen Sonnenuntergänge und das monotone Rauschen des Windes am Achterwasser habe ich besonders genossen (Abb. unten).

Bansin
Kinderspielzeug am Strand

gend ein Senioren-Warnsignal in neue Kameras einbauen sollten, damit jüngere Deutsche, solange es sie noch gibt, auch mal ins Bild kommen können!

Was mir auch auffiel, waren die vielen Radfahrer. Sie machen meist nicht so eine Schneckentour wie die vielen Rentner, doch gefährlich sind sie ebenso, weil man erst nach ihnen Ausschau halten muß, wenn man irgend einen Weg überqueren will.

Links zeigen wir Ahlbecks schmucke Promenadenuhr vor der historischen Seebrücke. Sie ist auch voller Publikum, und man muß lange warten, wenn man die Uhr freistehend sehen will.

Seebrücke Ahlbeck

Die leider abgebrannte romantische Seebrücke von Heringsdorf hat der Herausgeber vor der Fahrt extra in einen sehr zeitaufwendigen Ölgemälde festgehalten. Wenn es auch die modernen Herren Baumeister nie ganz kapieren, so eine filigrane, feine Konstruktion wie die alte Seebrücke schaffen sie doch nicht; die moderne Seebrücke (Abb. links unten) ist einfach zu klobig, wenn auch größer und weiträumiger.

Die schönen Farben am Strand von Bansin waren ein Grund, auf den Auslöser zu drücken (großes Bild oben rechts).

Da spielte mir eine sehr luxuriöse Gaststätte direkt am Meer einen Streich: Es wurde dort ein günstiges Gericht angeprie-

Bansin
oben: Restaurant, darunter Gaststube

sen. Als ich dieses bestellt hatte, kam die Bedienung lange nicht, dann mit dem Getränk, und erst dann kam sie nochmals und eröffnete mir, daß es das Gericht so leider nicht gebe. Ärgerlich verließ ich die teure Gaststätte, ohne ein Essen zu bestellen, ging zurück und aß etwas in einem einfacheren Lokal, was auch gut schmeckte (Abb. oben). Zufällig blickte ich dabei auch einmal ins Innere und bemerkte einen netten Gastraum ganz im Stil der ‚DDR‘-Nostalgie, den ich Ihnen nicht vorenthalten wollte. Als Getränk bekam man dort unter anderem auch ein starkes Schnaps-Gemisch mit Namen „Honnis letzte Rache“. Die Bewirtung war genauso gut, aber viel billiger.

Heringsdorf, links neue, rechts alte Seebrücke.

Rechts: nach Ölgemälde von Gerhard Helzel

Neue Schriften

Immer wieder bieten wir Ihnen für Ihren Rechner schöne, oft vergessene Fraktur- und Antiqua-Schriften:

Kanzlei Roos & Junge

ABCDEFGHIKL

Diese sehr seltene Kanzlei-Schrift von ca. 1880, die ursprünglich von der Schriftgießerei Roos & Junge stammt, kann nun auf Ihrem Rechner verwendet werden.

Rhode-Mediäval

ABCDEFG abcchckdeffffiflftghijklſs 12

Wählen Sie aus der größten Fraktur-Auswahl der Welt, aus nunmehr 327 Fraktur- und 35 Antiqua-Schriften.

Bestellung/PDF-Prospekt: www.fraktur.biz

Anzeige. Regelmäßige

3D-Lichtbild-Vorträge

in natürlichen Farben und **plastisch:**

Deutsche Gesellschaft für Stereoskopie, Raumbildfreunde Hamburg,

☎ 606 15 01, im Nachbarschaftstreff Langenfelde

Postkarten der früheren Hamburger Straßenbahn

Die alte Elbbrücke mit der Linie 11 nach Harburg

Die Straßenbahn-Postkarten mit Motiven der ehemaligen Hamburger Straßenbahn nach echten Ölgemälden von Dipl.-Ing. Helzel sind zum Teil erhältlich im Kleinbahn-Museum Wohldorf. Lassen Sie sich das Museum nicht entgehen! Die gesamte Serie mit 30 schönen Postkarten ist erhältlich gegen 22,50 € + 1,50 Porto beim Herausgeber.

CDs der Edition Romana

Hugo Kauns Meisterwerk, seine 1. Symphonie „An mein Vaterland" von 1888, die er in Milwaukee (USA) in sehnsuchtsvoller Erwartung seiner Heimat schrieb, sollte ein Liebhaber nordisch-verhaltener, getragener Musik, wie es unsere Hamburger sind, nicht missen. Der Meister sagte einst über die Musik: „Gute Musik muß deutsch sein!" Dieses Werk, und auch andere von ihm, bieten wir als einzige an.

Preis der CD: € 12,– + 2,– Versand.
Bestellung beim Herausgeber. Mehr:

www. romana-hamburg.de/cds.htm

Der „Verein für deutsche Spache e.V." (VDS) fordert

Deutsch ins Grundgesetz

Haben auch Sie die Nase voll von „midsummer-sales" und anderen „top-events"? Geht auch Ihnen die zunehmende Verenglischung von Wissenschaft und Wirtschaft und die Mißachtung der meistgesprochenen europäischen Muttersprache in den Organen der EU gewaltig auf die Nerven?

Dann unterstützen Sie den Verein Deutsche Sprache e. V.

Das Finanzamt Dortmund-Hörde hat den VDS mit Bescheid vom 15.8.2012 als gemeinnützig anerkannt; Beiträge und Spenden sind steuerlich absetzbar. Er ist parteipolitisch neutral und kämpft für mehr Deutschunterricht in der Schule, für eine bessere Stellung des Deutschen in der EU und ganz besonders für die Aufnahme von Deutsch als Landessprache in das Grundgesetz. Zu seinen Mitgliedern zählen weltweit mehr als 35.000 z. T. sehr prominente Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung.

Ich trete dem VDS bei und bitte um Einzug eines Jahresbeitrages von 30,- € von meinem Konto
Nr.: .....
bei .....
(BLZ .....)
Eine Spendenquittung und die vierteljährlich erscheinende Vereinszeitung Sprachnachrichten werden automatisch zugesandt.
Name, Vorname:

.....
Anschrift:
.....
.....
per Post oder Fax an:
Verein Deutsche Sprache e.V.
Postfach 104128, 44041 Dortmund
Tel. 0231-7948520 • Fax 0231 7948521
• www.vds-ev.de

Verein Deutsche Sprache

Ich spreche gern Deutsch

Verkehr

Stadtbahn für Kopenhagen und Aarhus in Planung

Stadtbahn in Kopenhagen, Modell

Am 23. April 1972 hatte die Straßenbahn ihre letzte Fahrt in Dänemark gemacht. Aber nun wollen die Dänen, von Deutschland beeinflußt, auch wieder eine Straßenbahn, unter dem modernen Namen „Stadtbahn" (dänisch: Letbane)! Wir berichten darüber, weil die Hamburger sich sicherlich einige Argumente zu eigen machen können.

Der dänische Verkehrsminister Hans Christian Schmidt unterzeichnete am 29. Juni 2011 eine Vereinbarung mit Kopenhagen und 11 Gemeinden zwecks Bau einer Straßenbahn auf dem Kopenhagener Ring 3.

Zunächst soll die Linie Lundtofte-Ishøj gebaut werden, eine Linie, die 28 km lang ist und zusammen mit einer Stadtbahn für Århus 3,75 Milliarden Kronen (503 Millionen €) kosten soll. Bis 2020 soll sie fertig sein. Danach kommen weitere Linien.

Verkehrsminister Schmidt sagte:

„Ich glaube, es sind hervorragende Voraussetzungen für die Zukunft, daß so viele Gemeinden mit einem so großen Infrastrukturprojekt einverstanden sind, welches zum Nutzen vieler Bürger … entlang dem Ring 3 entstehen wird. Eine Stadtbahn wird das Gebiet entlang des Ringes 3 voranbringen und für eine sinnvolle und zukunftssichere Alternative zum Auto in einer ansonsten sehr verkehrsreichen Strecke sorgen."

Die Bürgermeisterin von Gladsaxe und Vorsitzende der Koordination der Ringby-Stadtbahn, Karin Holst Søjberg, sagte:

„Ich bin sehr optimistisch, wir können es uns leisten, betrachten die Gegenwart als historisch. Ich bin überzeugt, daß das Projekt auf dem Ring 3 ein Modell für die weitere Entwicklung des öffentlichen Verkehrsnetzes der Hauptstadt mit mehreren Stadtbahn-Stufen in den kommenden Jahren sein wird. Und ich bin sicher, daß von dem Moment an, wo die Stadtbahn zu ihrer ersten Fahrt starten wird, wir nicht mehr in der Lage sein werden zu verstehen, wie wir alle ohne sie leben könnten.

Vibeke Sturm Rasmussen, Vorsitzender der Hauptstadt-Region, sagte:

„Es ist eine große Entscheidung für die Hauptstadt-Region, wo wir uns vor allem anderen eine Stadtbahn wünschten…"

Søren P. Rasmussen, Bürgermeister von Lyngby-Taarbæk, sagte:

„Ich erwarte, daß die Stadtbahn das Wachstum und die Entwicklung der gesamten Region stärken wird. Die Mitarbeit an der Stadtbahn ebnet den Weg für die Erschließung der Metropolregion zwischen den Gemeinden. Die Stadtbahn macht es einfach für die Bürger und wird ein fester Bestandteil des täglichen Lebens…"

Übersetzung aus dem Dänischen: G. Helzel.

Wieder eine Straßenbahn für Wiesbaden?

Abb.: So etwa soll die Stadtbahn in Wiesbaden aussehen

Seit langen versuchen tüchtige Wiesbadener, ihre alte Straßenbahn in modernem Gewande wieder zurückzubekommen. Daß das endlich klappen wird, dazu ist nun erstmals die Wahrscheinlichkeit so groß wie noch nie, denn alle im Rathaus vertretenen Parteien mit Ausnahme der FDP ziehen an einem Strang.

Pläne

Nachdem die Wiesbadener Straßenbahn 1955 eingestellt wurde, mußte sich die Kurstadt 58 Jahre mit den nicht umweltfreundlichen Bussen behelfen. Damals galt die autogemäße Stadt als Vorbild, heute ist man dabei, elektrisch betriebene Verkehrsmittel wieder zu aktivieren, so daß seit den 1990er Jahren Pläne aufkamen, die Straßenbahn wieder einzuführen.

Im Mittelpunkt des ersten Projektes stand die Reaktivierung der Aartalbahn zwischen Bad Schwalbach und Wiesbaden. Der Personenverkehr auf dieser eingleisigen, nichtelektrifizierten Nebenbahnstrecke wurde bereits 1983 zwischen Bad Schwalbach und Wiesbaden eingestellt. Die Planung sah vor, die Strecke zu elektrifizieren und mit Stadtbahnfahrzeugen zu befahren. Außerdem sollten neue Haltepunkte entstehen. In der Siedlung Kohlheck sollten die Fahrzeuge die ursprüngliche Strecke verlassen und über Klarenthal, Fachhochschule, Innenstadt und Hauptbahnhof bis zur Endhaltestelle Hasengartenstraße fahren, an der sich auch das neue Depot befinden sollte. Zwischen Kohlheck und Welfenstraße sollte der Fahrweg als Stadtbahn gebaut werden, teilweise auch als Straßenbahn. In der Welfenstraße sollte die Stadtbahnlinie in die Trasse eines ehemaligen Industriegleises einzweigen und so bis zur Hasengartenstraße fahren. Die zweite „Baustufe" sah vor, die Fahrzeuge als „Tram-Trains" über die ehemalige Verbindungskurve von Ländchesbahn und dem Bahnhof Wiesbaden Ost auf Gleisen der Deutschen Bahn bis zur Kaiserbrücke fahren zu lassen, von dort weiter über eine Stadtbahnstrecke durch das Gewerbegebiet Petersweg und dann über Mainz-Kastel und Theodor-Heuss-Brücke nach Mainz. Dafür hätte eine höhenfreie Kreuzung (50° 3′ 19″ N, 8° 15′ 30″ O) mit der Bahnstrecke Breckenheim—Wiesbaden gebaut werden müssen.

Wahlniederlage der Stadtbahn-Befürworter

Nach den Kommunalwahlen im März 2001 verloren SPD und Grüne die Mehrheit in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung. Die CDU, die sich im Wahlkampf für die Stadtbahn ausgesprochen hatte, verwarf mit Hilfe der Stimmen von FDP und den Republikanern das Stadtbahnprojekt, obwohl die Geldmittel von Bund und Land feststanden. Die FDP war „mit Horrorvisionen von einer Stadtbahn, die auf Schottertrassen mitten durch Wiesbaden fahren würde" in den Wahlkampf gegangen und hatte die Kommunalwahl zur „Abstimmung über die Stadtbahn" erklärt. Als Gründe für die Einstellung der Planung nannten die beiden Parteien damals die „Ruinierung des Stadtbildes" durch neue Schienenstränge und eine „Verschlechterung des Ist-Zustandes". So wurde das Stadtbahnprojekt noch vor einem Planfeststellungsbeschluß eingestellt. Die Stadtbahn Wiesbaden GmbH, eine 100%ige Tochter der ESWE, stellte daraufhin ihre Geschäftstätigkeit ein. Die vorgesehene Trasse blieb jedoch weiterhin als „Trasse für den ÖPNV" im Flächennutzungsplan vermerkt, um sie für künftige alternative ÖPNV-Systeme zu sichern.

Bürgerbegehren 2001

Im Frühsommer 2001 gründete sich die Bürgerinitiative „Stadtbahn — ja", die sich als Ziel gesetzt hatte, das Projekt doch noch Wirklichkeit werden zu lassen. Hierzu hatte sie eine Unterschriftenaktion für ein Bürgerbegehren gestartet. Statt der benötigten 20.000 Unterschriften wurden nur 14.000 erreicht. Als Gründe dafür wurden Ablehnung und mangelndes Interesse der Bevölkerung genannt, aber auch der Koalition vorgeworfen, die Unterschriftensammlung absichtlich in den Sommerferien bewilligt zu haben. Die geplante Trassenführung stieß allerdings gerade bei den Anwohnern auf Kritik, die Wertverlust ihrer Immobilien sowie Lärm- und Gesundheitsbelastung befürchteten.

Kritik

Der Geschäftsführer des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV), Volker Sparmann, kritisierte, „daß die Landeshauptstadt das Stadtbahn-Projekt, für das es bereits Finanzierungszusagen gegeben habe und das den Nutzenfaktor für die Wiederbelebung der Aartalbahn erheblich erhöhen würde, nach der Kommunalwahl 2001 aufgegeben habe." Die bereits bewilligten Förderzusagen von Bund und Land betrugen 142 Millionen Mark. Der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises Bernd Röttger sprach von einer „fatalen Fehlentscheidung in Wiesbaden".

Gegenwart und Zukunft

Im Jahre 2005 wurden an mehreren Stellen in Wiesbaden die zulässigen Feinstaubkonzentrationen überschritten. Dies heizte die Diskussion um die Stadtbahn wieder an, und auch der RMV sprach sich mit deutlichen Worten für eine Stadtbahn in Wiesbaden aus.

Stadtbahn ab 2011

Im Juni 2011 beschloß die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen, Linken und Piraten, den „City-Link", eine Schienenverbindung zwischen Hauptbahnhof und der Innenstadt, zu prüfen. Bei vorherigen Untersuchungen war diese Lösung als nicht wirtschaftlich beurteilt worden. Der Wunsch wurde auch in den Koalitionsvertrag der seit 2011 regierenden Parteien SPD und CDU aufgenommen. Das Projekt, das keine Anbindung der Aartalbahn vorsieht, wurde zunächst unter dem Titel WBahn vorangetrieben. Hierbei soll vor der Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes 2016 eine Lösung gefunden werden.

Im Oktober 2011 verkündete die neue Verkehrsdezernentin Sigrid Möricke die Ausschreibung der Planung unter dem Namen RegioBahn Wiesbaden. In den Planungen sollte die Bahn aus den Stadtteilen Kohlheck oder Klarenthal über die Wiesbadener Innenstadt und den Hauptbahnhof durchs Gewerbegebiet Mainzer Straße führen, was innerstädtisch etwa den Planungen von 2001 entspricht. Die zweigleisige Strecke soll teilweise sowohl als Rasengleis, auf eigenem Bahnkörper als auch straßenbündig trassiert werden. Südlich soll sie auf teils vorhandenen Gleisen der Deutschen Bahn zum Bahnhof Wiesbaden Ost geführt und damit ein bahnsteiggleicher Übergang zur S-Bahn Rhein-Main ermöglicht werden. Im November 2011 wurden vom Magistrat weitere 200.000 Euro für die Planung bewilligt, die Bahn soll 2016 in Betrieb genommen werden.

Die Fraktion der FDP lehnt das Projekt weiterhin ab, weil es den Verkehr „massiv behindern" würde und möchte es notfalls mit einem Bürgerbegehren verhindern. Auch Teile der SPD, insbesondere in den betroffenen Stadtteilen, wehren sich gegen die Stadtbahn. Obwohl das Projekt zunächst keine Anbindung der Aartalbahn und damit der Gemeinden im Untertaunus vorsieht, erkennt der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises in dem Projekt wieder einen „Lichtblick für die Aartalbahn". Die Nassauische Touristik-Bahn, welche die Strecke mit Museumszügen befährt, begrüßte die Wiederaufnahme der Planung. Im Jahr 2012 wurde in einem neuen Gutachten der Nutzen-Kosten-Koeffizienz mit 1,3 bis 1,7 ermittelt. Bei einer angenommenen Transportleistung von täglich 11.000 Passagieren könnten 20 Fahrzeuge der Busflotte eingespart werden. Im Juni 2012 teilte die Verkehrsdezernentin Sigrid Möricke mit, 2015 könne der Bau der Trasse beginnen. Die Inbetriebnahme muß bis 2018 erfolgen, um die benötigten Fördergelder zu erhalten. Die erste Stufe soll Klarenthal mit der Hasengartenstraße verbinden mit der Option, die Linie bis zum Petersweg zu verlängern, was von Lokalpolitikern der AKK-Vororte gefordert wurde. Die Baukosten wurden zu 132 Millionen Euro bestimmt, wovon 85 Prozent durch Fördermittel aufgebracht werden können, hinzu kommen bis zu 77 Millionen Euro für Anschaffungs- und Planungskosten.

Nach Wikipedia

Impressum:
Herausgeber und Schriftleiter:
Dipl.-Ing. Gerhard Helzel,
Timm-Kröger-Weg 15,
22335 Hamburg, Tel. (040) 50 53 74
Internetz: www.hamburger-nachrichten.biz
E-Post: gerhard.helzel@freenet.de
Herstellung:
Druckdiscount 24
Venloer Straße 1271
50829 Köln
Anzeigen: über den Herausgeber.
Kostenlose Frakturschriften: www.fraktur.biz
Die Beiträge stammen, falls nicht anders angegeben, vom Herausgeber; sonstige Beiträge müssen nicht mit seiner Meinung übereinstimmen.
Grundschrift Gutenberg-Fraktur 9,3 Pkt. Anzeigen-Preis: nach Auflage, als Textanzeige ab € 1,— je mm / Spalte (auch Farbe). Auch eine Werbeeinlage in der Zeitung ist möglich. Günstig für Clubs, Vereine, Firmen. Eine Mitbestimmung an der Auflage und der Vermarktung ist möglich!
Konto Hamburger Sparkasse 1215 46 37 44, BLZ 200 505 50.